

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Schif. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt

Bezugspreis einschließlich Postzuschlag mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompartimentszeile 30 Goldpf., die 30 mm breite Kompartimentszeile 40 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Reisegeschäfte 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 10 Goldpf.

Nr. 62

Dresden, Donnerstag den 13. März 1924

35. Jahrg.

Unternehmertweishheit

In den letzten Monaten hat die sozialpolitische Reaktion erschreckende Fortschritte gemacht. Die Schwächung der Arbeiterkraft durch Inflation und wirtschaftliche Zerrüttung ist durch die Unternehmer zur Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne ausgenutzt worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm den Kampf gegen die Unternehmertweishheit zunächst damit auf, daß sie im Reichstag eine eingehende begründete Interpellation einreichte, in der sie auf das volkreiende Verhalten des Unternehmertums hinwies. Dabei fragte sie insbesondere die Regierung, wie sie sich zu der Frage des Achtstundentages stelle, und was sie zu tun gedente, um zu verhindern, daß durch den anhaltenden Lohnabbau und die übermäßig verlängerte Arbeitszeit die außerordentlich gefährliche Konkurrenz entstehe, als wäre in nächster Zeit eine Schmutzkonkurrenz von Deutschland zu erwarten.

Auf diese Interpellation antwortet jetzt die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände mit einem Schreiben, das allen Reichstagsabgeordneten zugestellt wurde. Es wird dabei der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, daß sie noch immer nicht erkannt habe, worauf es bei einer Gesundung der Wirtschaft ankomme. Man müsse, so heißt es in dem Schreiben, auf das Äußerste verwandeln sein, wie nach den Erfahrungen der letzten Jahre überhaupt noch die Meinung bestehen könne, als ließe sich die Erhöhung der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten allein durch eine Erhöhung des Lohnes ohne gleichzeitige Sicherung von Produktion und Währung erreichen. Wenn die Stabilität unserer Zahlungsmittel in den letzten Monaten erhalten worden ist, so sei das nicht an letzter, sondern vielmehr an erster Stelle dem Drängen der Arbeiterkraft und ihrer Vertreter, im Wege weiterer fortgesetzter Lohnherabsetzungen eine neue Inflationsperiode einzuleiten, widersteht habe.

Was doch das deutsche Volk alles unsern guten Unternehmern zu verdanken hat! Sie haben mit Hilfe der Hungerlöhne, die sie ihren Arbeitern zahlten, die deutsche Wirtschaft gerettet! Selbstverständlich wird es niemand einfallen zu glauben, daß man einfach durch Erhöhung der Löhne die Kaufkraft erhöhen könnte, wenn die Produktion danebersteht. Aber der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Produktion ist nicht so einfach, wie es die Herren von der Arbeitgebervereinerung darzustellen belieben. Wir sind es heute gewohnt, daß in der bürgerlichen Presse tagaus, tagein über die marxistischen Dogmen geblöht wird, aber es gibt kaum etwas Föhreres als das Dogma, dem heute weite Kreise des Unternehmertums anhängen, daß nur mit niedrigen Löhnen zu einer gesunden Volkswirtschaft zu kommen wäre. Es ist schade, daß die Herren, die in der Arbeitgebervereinerung das große Wort führen, nicht einmal ein paar Wochen lang von dem Lohne leben müßten, mit dem sie heute ihre Arbeiter abfeiten, sonst würden sie an eigenen Leiden erfahren, wie sehr ein Einkommen, das nicht zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse reicht, die Arbeiterkraft lähmt und so die Produktion hemmt.

Nach ein anderer Zulassung besteht zwischen Lohnhöhe und Produktion. Niedrige Löhne und geringe Kaufkraft haben einen unzureichenden Absatz bei vielen Industrien zur Folge. Dann aber können die Betriebseinrichtungen vieler Unternehmungen nicht genügend ausgenutzt werden, und dadurch wird die Produktion verteuert.

Und wer laßt da nicht, wenn die Unternehmer ihren Lohnern das Verdienst an der Erhaltung der Marktlabilität zuschreiben? Es fehlt bloß noch, daß sie uns erklären, an der Zerrüttung der deutschen Währung seien nicht die verfehlte Wirtschaftspolitik des Reiches, die Steuerlasten der Besitzenden und die wachsenden Lasten der Devisenschulden schuld, sondern immer nur die Arbeiter, die zu hohe Löhne gefordert hätten, gleich bekanntlich die deutschen Arbeiterlöhne in den letzten Jahren stets bedeutend unter den Löhnen der Arbeiter in anderen Kulturländern standen. Wenn es der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände so ernst mit der Verhinderung einer neuen Inflation ist, so sollte sie vor allem ihre Mitarbeiter dazu ermahnen, ihre Forderungen zu reinigen, da heute in den Preisen immer noch viele Posten enthalten sind, die allenfalls in der Zeit der Inflation berechtigt waren, aber nicht jetzt, wo die Währung hoch ist. Aber es ist ja sehr viel bequemer, von den Arbeitern Opfer zu verlangen, statt daß man im Interesse der Wirtschaft selbst seine Profite beschränkt.

In dem Schreiben wird daher weiter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgeworfen, daß sie die Verlängerung der Arbeitszeit nur unter ganz besonderen Verhältnissen zulassen will, nämlich dort, wo der Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit erbracht ist. Wir haben wir uns die Klagen über die schematische Anwendung des Achtstundentages an dem Unternehmer befreit, den Achtstundentag schematisch zu befolgen. Sie sind nicht damit zufrieden, daß die Arbeitszeit über die Dauer von 8 Stunden nur dort verlängert werden soll, wo der volkswirtschaftliche Nutzen der Arbeitszeitverlängerung nachgewiesen werden kann. Die Unternehmer tun so, als wenn sie nicht davon wüßten, daß in vielen Wirtschaftszweigen in verkürzter Arbeitszeit dasselbe geleistet werden kann, wie in einer längeren Arbeitszeit, und daß auch in Deutschland vielfach die Friedensleistungen in der achtstündigen Arbeitszeit schon überschritten werden. Fast allen-

haben ist heute ihre Lösung: Fort mit dem Achtstundentag, selbst dort, wo die Verlängerung der Arbeitszeit keinen wirtschaftlichen Nutzen bringt.

Daraus geht hervor, daß sich die Unternehmer bei ihrem Drängen nach Verlängerung der Arbeitszeit heute nicht von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Man will nicht, daß die Arbeiter als Kulturmenschen leben können, man will nicht, daß die Arbeiter genügend Zeit haben, sich zu bilden, sich in ihren wirtschaftlichen und politischen Organisationen zu betätigen. Den Leuten von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sind die Arbeiter lieber, die stumpf dahinschliefen müssen, weil ihnen durch lange Arbeitszeit ihre freie Zeit aufs äußerste beschränkt wird, die weiter nichts tun, als arbeiten, schlafen und essen. Man will die Arbeiter wieder zu Sklaven machen, die nicht mehr fähig sind, den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu führen.

Daß dadurch in Wirklichkeit die Wirtschaft aufs schwerste geschädigt wird, scheinen die Herrschaften nicht begreifen zu wollen. Nur mit einer gesunden, geistig hochstehenden Arbeiterkraft wird Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein können. Wir haben nicht mit Ländern zu konkurrieren, die niedrigere Löhne und längere Arbeitszeit haben als wir, sondern mit Ländern, in denen es dem Arbeiter wesentlich besser geht als bei uns. Wo trotzdem Deutschland nicht konkurrenzfähig ist, kann das nur an den deutschen Unternehmern liegen, die es nicht verstehen, ihre Betriebe gut zu organisieren, oder die zu hohe Profite einheimen wollen. Deshalb liegt es im Interesse der ganzen deutschen Wirtschaft, wenn die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterkraft den Kampf gegen die oft ganz unbillige Arbeitszeitverlängerung und die elenden Löhne, die man heute dem deutschen Arbeiter zu bieten mag, mit aller Entschiedenheit führen.

Reichstagsauflösung

Neuwahl am Sonnabend, 12. April?

Der jetzige Deutsche Reichstag findet am heutigen Donnerstag sein Ende. Er wird von einer reinbürgerlichen Regierung aufgelöst, weil die Regierung keine Mehrheit für ihre Politik findet. In der Zeit des Ermächtigungsgesetzes erlassen ungeheuerlichen Verordnungen sind. Die Regierung beschließt, die Auflösung schon auszusprechen, ohne daß von den bürgerlichen Parteien der Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung über die von der Sozialdemokratie gestellten Änderungsanträge gestellt wird und die Regierung bei der Abstimmung tatsächlich in die Minderheit gerät. Die Mittelparteien lehnten entgegen dem Wunsch des Kabinetts die Ausarbeitung eines derartigen Antrages ab, weil auch ihnen einleuchtete, daß sie sich völlig vor der Öffentlichkeit preisgeben, wenn sie jetzt auch noch den Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung stellen, während sie vorher den Reichstag mit Tausenden von Änderungsanträgen überhäufeten. Diese Blamage wollen sie nicht mehr über sich ergehen lassen. Das Kabinett beschließt infolgedessen, vor dem Reichstag, ohne die notwendige Zustimmung, festzustellen, daß sich eine Mehrheit für ihren Vorschlag auf interfraktioneller Beratung der Änderungsanträge nicht findet, daher eine Zusammenarbeit mit diesem Reichstag nicht mehr möglich und keine Auflösung notwendig geworden ist. Die Sozialdemokratie dürfte sich mit dieser allen parlamentarischen Regeln widersprechenden Absicht nicht abfinden. Vielmehr ist anzunehmen, daß sie gegebenenfalls einen Antrag im Plenum einbringt, der klare Verhältnisse schafft.

Wird der Reichstag aufgelöst und der von der Regierung vorgesehene Wahltermin (1. Mai) aufrecht erhalten, dann würden wir einen Wahlkampf von acht Wochen über uns ergehen lassen müssen. Das ist aus politischen und vielen andern Gründen wenig angebracht. Vor allen Dingen sprechen aber außenpolitische Gründe für eine schnelle Neuwahl, wenn man schon der Auffassung ist, überhaupt vor den französischen Wahlen wählen zu sollen. Die Sozialdemokratie hat deshalb in sämtlichen Verhandlungen, die im Laufe der letzten Tage über die Auflösung des Reichstags und die Frage der Neuwahlen geführt wurden, auf eine möglichst schnelle Neuwahl hingewirkt. Diesem Verlangen haben sich die bürgerlichen Parteien insofern angegeschlossen, als sie bereit, einem früheren Wahltermin, als er von der

Reichsregierung geplant ist, ihre Zustimmung zu geben. Das Reichsinnenministerium hat deshalb, besonders aber auf Veranlassung des Zentrums, einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den

Wahltermin auf den 12. April,

also einen Sonnabend, festlegt. Die Unternehmer will man durch das Gesetz veranlassen, ihren Arbeitern und Angestellten die Löhne und Gehälter für diesen Tag zu zahlen. Die Absicht, die Wahlen entgegen der verfassungsmäßigen Bestimmung an einem Werktag vorzunehmen, ist auf den Wunsch zurückzuführen, unter allen Umständen an den Feiertagen nicht zu wählen. Der 12. April, also der erste Sonntag, der bei einer Auflösung am Donnerstag oder Freitag als frühester Wahltermin in Frage käme, ist der Palmsonntag; ihm folgen die Osterfeiertage. Da beide Termine nicht in Frage kommen, dennoch aber früher, als von der Regierung vorgesehen, gewählt werden soll, ist der Vorschlag entstanden, die Verfassung zu ändern und den Wahltermin durch einen Initiativantrag auf den 12. April festzusetzen.

Die Sozialdemokratie ist Gegnerin dieses Initiativgesetzes, weil es für die Lohn- und Gehaltsempfänger keine Sicherung für den tatsächlichen Empfang der Löhne und Gehälter bietet. Sie hat infolgedessen am Mittwoch einstimmig beschlossen, dem Initiativantrag, der dem Reichstag zur Zeit noch nicht vorliegt, aber wahrscheinlich am Donnerstag eingebracht wird, ihre Zustimmung nicht zu geben.

Nur dem Initiativantrag über die Festsetzung des Wahltermins auf einen Werktag wird beabsichtigt, dem Reichstag einen Antrag zu übermitteln, der für den Fall, daß die Wahlen nicht am 12. April stattfinden, in der Karwoche jede politische Agitation verbietet und jede Uebertragung mit Geldstrafen bis zu 300 M. bestraft. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, auch diesen Antrag, der verfassungsändernd ist, abzulehnen. Da die hier erwähnten Anträge von den bürgerlichen Parteien und ihre Annahme eine qualifizierte Mehrheit voraussetzt, dürften sie bei vollständiger Anwesenheit der sozialdemokratischen Fraktion sämtlich abgelehnt werden. Beharren die bürgerlichen Parteien trotzdem auf ihrem Standpunkt, am Palmsonntag nicht wählen zu lassen, dann werden die Wahlen voraussichtlich dennoch erst Anfang Mai vorgenommen.

Der Polizeikommandeur für Hochverrat

Oberst Seißer als — Zeuge

München, 12. März. (Eig. Drahtf.)

Im Gegensatz zur Vernehmung von Seißer und Kahr erwiderte das Erscheinen des dritten Hauptzeugen Oberst Seißer, heute noch Chef der bayerischen Landespolizei, viel weniger öffentliches Interesse. Aber ganz mit Unrecht, denn die Art und Weise der Darstellung, wie überhaupt die ganze Persönlichkeit dieses Zeugen zeigen, daß sein Zeugnis neben dem Zeugnis der Hauptzeuge der Anklage ist. Klar und eindeutig im Vortrag, imponierend vor allem die Sicherheit der Angaben, die den Angeklagten und der Verteidigung sicherlich schwer zu schaffen machen werden.

Oberst Seißer begann: Als Referent für polizeilich-taktische Angelegenheiten des Generalkommissariats oblag mir die wichtige Aufgabe der Aufrechterhaltung der Verbindung mit den bayerischen Verbänden. Kahr wollte bayerische Interessen auf einer gemeinsamen Plattform sammeln, unter der Voraussetzung der unbedingten Unterordnung unter die Staatsautorität. Das erschien idiosyncratisch, besonders beim Kampfbund, denn seit dem „Deutschen Tag“ in Nürnberg (1. September) waren viele Bewegung und ihre Führer von einem bis ins maßlose gehenden Größenwahn befallen und sie arbeiteten in ihrer Propaganda

mit ganz außergewöhnlichen Geldmitteln. Aus Seißer als dem Trommler der Bewegung war der Mann geworden, der allein imstande war, die Geschicke des Reiches zu leiten. Kahr strebte ein Reichsdirektorium an, der Kampfbund eine Diktatur Seißer-Ludendorff, die mit Gewalt dem Norden aufzuzwingen werden sollte. Es gab also für das Generalkommissariat nur zwei Wege: entweder die Bewegung mit politischen Mitteln niederzuschlagen oder auf sie einzulassen zu gewinnen und sie in vernünftige Bahnen zu lenken. Kahr entschied sich für den letzteren Weg. In Aus-

führung meiner Aufgabe hatte ich Besprechungen mit zahlreichen Führern sämtlicher Vaterländischen Verbände. Ich habe stets erklärt, besonders gegenüber dem Kampfbund: Wachen Sie Ihre Unüberlegtheiten, tun Sie nichts, was zum Zusammenstoß mit der Landespolizei und mit der Reichswehr führt, und wenn Sie etwas gewaltsam unternehmen, muß das zum Zusammenstoß führen. Es wäre ein Unglück für uns, die schwerste Pflicht, die wir zu erfüllen haben, aber wir werden sie erfüllen.

Hinter machte ich auch darauf aufmerksam, daß es der Vaterländischen Sache doch schädlich sei, wenn er sich mit dem Kampfbund absetzt von Kahr stelle. Hittler erwiderte mir, Kahr sei abhängig von der Regierung, vom Landtag und von der Kurie, von der Bayerischen Volkspartei. Es gingen Reden zum erblichkeitsreichen Palais, zur französischen Botschaft, kurzum, der Aus, in dem Jahr 1919, Jahre nach Berlin, der Aus, in dem er 1918, Jahre nach Berlin. Infolgedessen könnten sie nie zusammenfahren. Wenn aber Kahr nach Berlin fährt, so fährt er mit, er glaube aber nicht, daß das jemals der Fall sein werde. Ich wies darauf hin, daß diese Gerüchte abzuern seien und vollkommen haltlos. Hittler entgegnete mir: Ja, wissen Sie denn nicht, daß

am nächsten Sonntag die Monarchie in Bayern

ausgerufen wird? Ich sagte ihm, daß ich davon nichts gehört habe, worauf er erklärte: Dann sind Sie der einzige Mensch in München, der das noch nicht weiß.

Am 26. Oktober war ich in Begleitung von Ludowig und dem Herrn Winow aus Berlin bei Ludendorff. Es wurde über einige führende Persönlichkeiten gesprochen für die Bildung eines Direktoriums in Berlin. Bei dieser Besprechung hat Ludendorff mir gegenüber erklärt: Ich werde mich Ihnen gegenüber loyal verhalten. Ich werde nichts unternehmen, ohne Sie von der Aufgabe meiner Stellung vorher zu verständigen. Am gleichen Tage erklärte mir Hittler: Die Diktatur kann nicht von Norden, sondern nur von Bayern aus geschaffen werden. Nur hier wären die Männer dazu